

Stand: 07.07.2026 08:07:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8583

"Modernisierung und Entbürokratisierung durch Einführung eines landesweiten nachhaltigen Modellrechts „Schnelles Bauen“"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8583 vom 22.10.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/10059 des BV vom 27.01.2026
3. Beschluss des Plenums 19/10759 vom 11.03.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 11.03.2026



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa, Jürgen Mistol, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Modernisierung und Entbürokratisierung durch Einführung eines landesweiten nachhaltigen Modellrechts „Schnelles Bauen“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen, durch den nach dem Vorbild Baden-Württembergs ein eigenständiges „Modellrecht Schnelles Bauen“ eingeführt wird.

Inhaltlich soll dieses Modellrecht folgende Maßnahmen umfassen:

- Einführung eines flächendeckenden, echten Kenntnissgabeverfahrens für alle Wohngebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 (analog zu Baden-Württemberg). Bauvorhaben können nach Anzeige und Fristbeginn ohne gesonderte Genehmigung begonnen werden, sofern keine Untersagung durch die Behörde erfolgt.
- Ermöglichung ausgewiesener „Schnelles-Bauen-Modellgebiete“ in angespannten Wohnungsmärkten oder auf Antrag der Kommune, in denen die klassischen Bauvorlagenprüfungen teilweise oder ganz entfallen und die Anforderungen auf die Kern-Schutzziele (Standicherheit, Brandschutz, Gesundheit, Umweltschutz) reduziert sind.
- Erweiterung der experimentellen Bauformen (Gebäudetyp E) aus dem Modellstatus in die generelle Anwendbarkeit für sachkundige Bauherrschaften und gezielte Quartiersentwicklungen.
- Klare, kurze Bearbeitungsfristen für Behörden und materielle Präklusionsregel für Nachbareinwendungen nach spätestens vier Wochen.
- Ergänzung der Stellplatzregelung um eine ausdrückliche Satzungskompetenz der Kommunen zur vollständigen Absenkung der Stellplatzpflicht auf null.

Begründung:

Aktuelle Herausforderungen im Wohnungsbau, steigende energetische Ansprüche, Kostensteigerungen und der politische Wille zur Beschleunigung und Entbürokratisierung von Bauverfahren machen ein rechtssicheres, innovatives Modellrecht für „Schnelles Bauen“ zwingend erforderlich.

Die jüngsten Reformen in Baden-Württemberg zeigen, dass ein echtes Kenntnissgabeverfahren, experimentelle Bauweisen (Gebäudetyp E) und die Möglichkeit, klassische Prüfverfahren auf zwingende Schutzziele zu reduzieren, zu mehr Wohnungsbau, niedrigeren Kosten und kürzeren Verfahren führen.

Bayern hat mit dem Gebäudotyp E und der Kommunalisierung der Stellplatzpflicht bereits innovative Ansätze verfolgt, muss jetzt aber die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Innovationen für alle Zielgruppen und im großen Maßstab flächendeckend wirken können.

Ziel:

Mehr Investitionen, mehr Wohnraum, mehr Tempo, weniger Bürokratie, mehr Flexibilität für Kommunen und Bauherrschaften.

Der Antrag stärkt die Standortattraktivität Bayerns und macht das Baurecht zukunftsfest.

Die konkrete Umsetzung kann an bestehende Formulierungen der Bayerischen Bauordnung (z. B. Art. 57 ff., Art. 63) anknüpfen und die Erfahrungen mit dem Gebäudotyp E und aus anderen Bundesländern einbeziehen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/8583**

**Modernisierung und Entbürokratisierung durch Einführung eines landesweiten
nachhaltigen Modellrechts „Schnelles Bauen“**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ursula Sowa**
Mitberichterstatlerin: **Jürgen Baumgärtner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 27. Januar 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: EnthaltungAblehnung empfohlen.

Jürgen Baumgärtner
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa, Jürgen Mistol, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/8583, 19/10059

Modernisierung und Entbürokratisierung durch Einführung eines landesweiten nachhaltigen Modellrechts „Schnelles Bauen“

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das komplette Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. Enthaltungen? – Das sehe ich auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten bzw. Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion nach § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. Januar 2026 (Vf. 1-VII-26) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 2 Abs. 2 Satz 2, Art. 5 Abs. 1 und 2, Art. 6 Abs. 1, Art. 9 Abs. 5 Satz 2 des Bayerischen Ladenschlussgesetzes (BayLadSchlG) vom 25. Juli 2025 (GVBl. S. 246, BayRS 8050-20-A)

PII-3001-2-44-1
 Drs. 19/9986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
 II. Die Klage ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheit

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Bank- und Finanzdienstleistungen
 Reform der europäischen Risikokapital- und Wachstumskapitalfonds
 15.01.2026 - 12.03.2026
 Drs. 19/9801, 19/10728

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
 Drs. 19/10728 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
 Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Modernisierung und Entbürokratisierung durch Einführung eines
 landesweiten nachhaltigen Modellrechts „Schnelles Bauen“
 Drs. 19/8583, 19/10059 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern 2040 – Klimaneutral leben. Einfach machen.
Drs. 19/8830, 19/10019 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Gefährdung des Vogelschutzes durch Windkraftanlagen in Bayern
Drs. 19/8884, 19/10018 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang – Politisches ökosozialistisches Ziel der Klimaneutralität endgültig beerdigen
Drs. 19/8886, 19/10037 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Bayern kann es schaffen – am Klimaziel 2040 festhalten
Drs. 19/8887, 19/10017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Rettung des Schlachthofs Landshut – regionale Wertschöpfung, Tierschutz und Arbeitsplätze sichern
Drs. 19/8910, 19/10016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU
Verdoppelung der Förderzeiträume für die Jugendarbeit
Drs. 19/8959, 19/10011 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Ralf Stadler und Fraktion (AfD)
Schlachthöfe als Teil der Daseinsvorsorge in Bayern erhalten:
Jetzt tragfähige Zukunftskonzepte auf den Weg bringen
Drs. 19/8993, 19/10015 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Christin Gmelch, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Auswirkungen des Schlachthofsterbens in Bayern auf das Tierwohl
Drs. 19/9036, 19/10014 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Anhörung zu Auswirkungen von Schlachthofschließungen auf das Tierwohl
Drs. 19/9037, 19/10013 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Naturschutz 2.0: Gutachten raus aus dem Archiv – rein in die Zukunft
Drs. 19/9051, 19/10012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zum autonomen Fahren
Drs. 19/9691, 19/10057 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>